

Sehr geehrte Frau Michaelen,

als politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger möchten wir uns nach dem Fortschritt der Rettung von afghanischen Ortskräften erkundigen, die vor Ort für die GIZ und die Bundeswehr tätig waren.

Die Berichte der letzten Wochen werfen zahlreiche Fragen auf. Laut einem **ZDF-Artikel vom 16.08.2024** zeigt die Analyse vorliegender Dokumente, dass die Bundesregierung viele Ortskräfte, die nach dem chaotischen Abzug aus Kabul dringend Schutz benötigt hätten, im Stich gelassen hat durch Verschleppung von VISA-Verfahren durch Scheinargumente (Werkverträge seien Arbeitsverträgen nicht gleichgestellt) oder erneuten Sicherheitsüberprüfungen.

Diese Informationen veranlassen uns, genauer zu fragen, welche konkreten Schritte die Bundesregierung unternimmt, um den zurückgebliebenen Ortskräften zu helfen. Wie steht es um die (in-)direkte Verhandlungen mit den Taliban?

Für Ihre Mühe zur Beantwortung der Fragen danken wir im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen,

---- und hier die Langfassung ----

Sehr geehrte Frau Michaelen,

als politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger und aufgrund der aktuellen Entwicklungen möchten wir uns nach dem Fortschritt der Evakuierung und Rettung der afghanischen Ortskräfte erkundigen, die im Rahmen des deutschen Engagements vor Ort für die GIZ und die Bundeswehr tätig waren.

Die Berichte der letzten Wochen werfen zahlreiche Fragen auf. Laut einem **ZDF-Artikel vom 16.08.2024** [1] zeigt die Analyse vorliegender Dokumente, dass die Bundesregierung die Ortskräfte, die nach dem chaotischen Abzug aus Kabul dringend Schutz benötigt hätten, in vielen Fällen im Stich gelassen wurden durch Verschleppung von VISA-Verfahren durch Scheinargumente (Werkverträge seien Arbeitsverträgen nicht gleichgestellt [2]) oder erneuten Sicherheitsüberprüfungen[3]. Die interne Einschätzung der Lage zeigt zudem, dass selbst jetzt viele der betroffenen Menschen vor Ort noch unter extremen Gefahren leiden.

Diese Informationen veranlassen uns, genauer zu fragen, welche konkreten Schritte die Bundesregierung unternimmt, um den zurückgebliebenen Ortskräften zu helfen. Wie steht es um die (direkten bzw. indirekten) Verhandlungen mit den Taliban und die Kooperation mit internationalen Partnern? Werden diese diplomatischen Bemühungen gezielt genutzt, um gefährdeten Personen zur Flucht zu verhelfen?

Zusätzlich bewegt uns die Situation vor dem **Verwaltungsgericht Berlin**, wo laut **Pro Asyl** das Verfahren zur Aufnahme afghanischer GIZ-Ortskräfte nur schleppend voranschreitet. Rechtsanwalt Matthias Lehnert hat im Namen einiger Ortskräfte Klage eingereicht, doch das Verfahren zieht sich, und die betroffenen Familien warten weiter auf ihre Rettung [4]. Pro Asyl betont dabei die verzögerte Bearbeitung und bürokratischen Hürden. Wie stehen Sie zu diesem Verfahren? Wird das Bundesministerium des Äußeren die Prozesse beschleunigen, um den Menschen schnelleren Zugang zu einem sicheren Leben in Deutschland zu ermöglichen?

Wir bitten Sie, diese Fragen offen und umfassend zu beantworten. Vielen Dank im Voraus für Ihre Mühe.

Mit freundlichen Grüßen,

NK-Mitte [Vertreter]

[1] <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afghanistan-baerbock-visa-ortskraefte-sicherheit-100.html>

[2] <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/ortskraefte-afghanistan-bundesregierung-100.html>

[3] <https://www.rnd.de/politik/versprochen-und-vergessen-wie-deutschland-afghanischen-ortskraefte-den-ruecken-kehrt-maiwand-LRQNCR64NNC47GNO65A4B56XMY.html>

[4] <https://www.proasyl.de/news/aufnahme-afghanischer-giz-ortskraefte-zaehes-verfahren-vor-dem-verwaltungsgericht-berlin/>